

# Öffentliche Sitzung

## des Marktgemeinderates Stambach

**lfd. Nr. 12/2009**

**Sitzungstag: 20. Mai 2009**

**Sitzungsort: Rathaus Stambach – Sitzungssaal -**

**Tagesordnung:** siehe Sitzungsladung

**Mitglieder des Marktgemeinderates:**

**Anzahl:** 15

**Namen:** ↗

	Anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> <b>1. Bürgermeister</b>	Ehrler, Karl Philipp		
<b>Niederschriftführer:</b>	Tietze, Thorsten		
<b>Die Ratsmitglieder:</b>	Knopf, Patrick Laubenzeltner, Horst Nietert, Rosemarie	Petzet, Friedrich	entschuldigt
	Kleffel, Günter Jacob, Martin L. Reichel, Hermann Ebert, Ulrike	Ott, Harald	entschuldigt
	Goller, Martin Käs, Markus		
	Ludwig, Helga Hofmann, Bruno Fleischmann, Dieter		
<b>Ortssprecherin von Gundlitz:</b>	<i>Czernio-Koch, Simone</i>		

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Beschlussfähigkeit im Sinne Art. 47(2) GO war gegeben.

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	An we sen d	F ü r	G e g e n	<b>Vortrag-Beratung/Beschluss</b>
1.	13	-	-	<p><i>Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Ratsmitglieder und zahlreichen Besucher des am 29.04.2009 verstorbenen ehemaligen zweiten Bürgermeisters Johann Hölzel. Bürgermeister Ehrler erläutert, dass Johann Hölzel von 1956 bis 1990 dem Marktgemeinderat angehörte und ab 1972 18 Jahre lang das Amt des zweiten Bürgermeisters bekleidete.</i></p> <p><b><u>Genehmigung des Protokolls der letzten Gemeinderatssitzung (öffentlicher Teil)</u></b></p> <p>Marktgemeinderat Martin L. Jacob beantragte per E-mail vom 19.05.09, das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 15.04.2009 zu ergänzen. Er habe während des Beitrages von Patrick Knopf zwar zunächst den Sitzungssaal verlassen, sei dann aber zurückgekehrt und habe Herrn Ehrler darauf hingewiesen, dass das von Herrn Knopf angesprochene Thema kein Tagesordnungspunkt der vorgelegten Sitzungsladung sei. Herr Ehrler erwiderte daraufhin, er lasse den Punkt aber weiter behandeln. Der Protokollführer erklärt, er könne diese Äußerungen anhand seiner Aufzeichnungen nicht nachvollziehen. Ratsmitglied Horst Laubenzeltner bestätigt jedoch, dass Herr Jacob den genannten Hinweis gegeben habe. Ratsmitglied Dieter Fleischmann beantragt, das Protokoll um drei Sätze zu ergänzen. Schließlich bittet Marktgemeinderätin Helga Ludwig, ihren Schlussappell vom 15.04.09, die Diskussion im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung fortzusetzen, da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stehe, ebenfalls in das Protokoll aufzunehmen. Nachdem die Ratsmitglieder Horst Laubenzeltner und Martin Goller kritisieren, dass bei der Vielzahl der Änderungen in Zukunft möglicherweise Wortprotokolle notwendig werden und die Angelegenheit nunmehr abgeschlossen werden sollte, beantragt Dieter Fleischmann, über die Änderungen gemeinsam abzustimmen. Bürgermeister Ehrler äußert, er werde den Änderungsanträgen nicht zustimmen.</p> <p><b><u>Beschluss:</u></b></p> <p>a) In das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 15.04.2009 werden unter TOP 7 e folgende Sätze bzw. Halbsätze eingefügt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- nach Satz 1: „Er erklärt zu wissen, dass seine nachfolgenden Ausführungen eigentlich einen Tagesordnungspunkt der letzten nichtöffentlichen Sitzung betreffen und er aus dieser berichten werde.“</li> <li>- nach Satz 3: „In diesem Zusammenhang gibt das Ratsmitglied Patrick Knopf öffentlich bekannt, wie Fraktionen bzw. Teile von Fraktionen bei der letzten nichtöffentlichen Sitzung abgestimmt haben.“</li> <li>- nach Satz 4: „Er wirft hierbei der ULS, der SPD und Teilen der Liste Land vor, nicht sachlich, sondern parteipolitisch entschieden zu haben.“</li> </ul>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
noch <b>1.</b> <b>a)</b>	13			<ul style="list-style-type: none"> <li>- in Satz 5 der Halbsatz: „und dabei erklärt, das von Herrn Knopf angesprochene Thema sei kein Tagesordnungspunkt der vorgelegten Sitzungsladung,“</li> <li>- nach Satz 8: „Schließlich appelliert Marktgemeinderätin Helga Ludwig an das Gremium, die Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil der Sitzung weiter zu behandeln, da sie nicht auf der Tagesordnung für den öffentlichen Teil dieser Sitzung stand.“</li> </ul>
		8	5	
		11	2	b) Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 15.04.2009 (öffentlicher Teil) wird mit den beschlossenen Ergänzungen genehmigt.
<b>2.</b>	13			<p><b><u>Baugesuche (Bauvorlagen)</u></b></p> <p>Nachdem der Protokollführer erklärt, die Verwaltung habe, entsprechend dem Hinweis von Herrn Jacob, versucht, die vorliegenden Baupläne einzuscannen, um diese dem Gremium per Beamer vorstellen zu können, sei jedoch am Format der Pläne gescheitert, schlägt Dieter Fleischmann vor, Unterlagen ggf. in digitalisierter Form beim ausführenden Architekten anzufordern.</p> <p><b><i>a) Bauantrag von Herrn Georg Ruckdeschel, Weickenreuth 31, Stambach</i></b></p> <p><u>Eröffnung:</u> Herr Ruckdeschel, wohnhaft in Weickenreuth 31, 95236 Stambach, hat am 20.04.2009 einen Bauantrag für den Um- und Anbau eines Milchviehlaufstalles mit Güllegrube gestellt.</p> <p><u>Beschluss:</u> Gegen das im gemeindlichen Bauplanverzeichnis unter lfd. Nr. 2/2009 registrierte Bauvorhaben bestehen seitens des Marktes Stambach keine Bedenken und Einwände.</p> <p><b><i>b) Bauantrag von Frau Irma Drescher, Gundlitz 81, 95236 Stambach</i></b></p> <p><u>Eröffnung:</u> Die Familie Drescher ist Anfang des Jahres 2009 an die Verwaltung des Marktes Stambach herangetreten und hat sich über die Genehmigungsvoraussetzungen für den Neubau einer Garage auf ihrem Anwesen in Gundlitz erkundigt. Daraufhin wurde ein Ortstermin mit dem LRA Hof und den Eheleuten Drescher diesbezüglich vereinbart. Bei diesem Ortstermin hat die Familie Drescher ihre Planungen vorgestellt. Nach einer kurzen Beratung durch das LRA, bei der den Eheleuten die baugenehmigungsrelevanten Verfahrensschritte erklärt wurden, kam das LRA zur Ansicht, dass unter Einhaltung dieser Punkte eine Baugenehmigung zu erteilen ist.</p>
		13	0	

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Gegen den Beschluss		Vortrag-Beratung/Beschluss
		Für	Gegen	
noch 2. b)	13	-	-	<p><u>Beschluss:</u> Gegen das im gemeindlichen Bauplanverzeichnis unter lfd. Nr. 3/2009 registrierte Bauvorhaben bestehen seitens des Marktes Stambach keine Bedenken und Einwände.</p> <p><i>c) Bauantrag von Frau Katja Drescher und Herrn Holger Popp, Obere Hangstr. 9, 95236 Stambach</i></p> <p><u>Eröffnung:</u> Die Familie Drescher ist Anfang des Jahres 2009 an die Verwaltung des Marktes Stambach herangetreten und hat sich über die Genehmigungsvoraussetzungen für den Neubau einer Garage auf ihrem Anwesen in Gundlitz erkundigt. Daraufhin wurde ein Ortstermin mit dem LRA Hof und den Eheleuten Drescher diesbezüglich vereinbart. Zu diesem Ortstermin erschien auch Herr Holger Popp. Nachdem die Fragen zum Bauantrag der Familie Drescher beantwortet waren, stellte Herr Popp hinsichtlich seines geplanten Neubaus eines Wohnhauses auf dem Grundstück der Familie Drescher (Garten) den anwesenden Mitarbeitern des Landratsamtes seine Planungen vor. Auch Herr Popp wurde von Seiten des LRA hinsichtlich der Baugenehmigungsvoraussetzungen beraten. Auch hier kamen die Bauamtsmitarbeiter zum Ergebnis, dass unter Einhaltung der baugenehmigungsrelevanten Verfahrensschritte und der vor Ort erklärten Bauvorschriften eine Baugenehmigung zu erteilen ist.</p> <p><u>Beschluss:</u> Gegen das im gemeindlichen Bauplanverzeichnis unter lfd. Nr. 4/2009 registrierte Bauvorhaben bestehen seitens des Marktes Stambach keine Bedenken und Einwände.</p> <p><i>d) Bauantrag der Buddhistischen Gesellschaft Frankenwald e.V., Herrnschrot 50, 95236 Stambach</i></p> <p><u>Eröffnung:</u> Die Buddhistische Gesellschaft Frankenwald e.V., Herrnschrot 50, 95236 Stambach, hat am 20.05.2009 einen Bauantrag für die Errichtung von Meditationshütten (Kutis) gestellt.</p> <p><u>Beschluss:</u> Gegen das im gemeindlichen Bauplanverzeichnis unter lfd. Nr. 5/2009 registrierte Bauvorhaben bestehen seitens des Marktes Stambach keine Bedenken und Einwände.</p>
		13	0	
			13	0

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
3.	13	-	-	<p><b>Antrag der ULS auf Überlassung des Grundstückes an der Mühlstrasse oberhalb des Perlenbaches an die Stambacher Jugendlichen zur Errichtung einer BMX- Strecke</b></p> <hr/> <p><u>Sachverhalt:</u>  Die ULS beantragte mit Schreiben vom 08.05.2009, den Stambacher Jugendlichen das Grundstück an der Mühlstrasse oberhalb des Perlenbaches unentgeltlich zur Errichtung einer BMX-Strecke zu überlassen (vgl. Anlage). Fraktionssprecherin Ulrike Ebert erläutert hierzu, viele Jugendliche aus Stambach wären BMX-interessiert. Um haftungsrechtliche Konsequenzen für den Markt auszuschließen, müsste die Benutzung der Anlage auf eigene Gefahr erfolgen. Der Protokollführer schildert, dass bereits im Vorjahr eine Unterstützung für die Jugendlichen durch den Markt für den Bau einer derartigen Anlage abgesprochen worden war. Voraussetzung war jedoch, dass sich ein Verein „Stambacher Jugend“ gründet, der die Betreuung der Anlage übernimmt. Dies sei bislang nicht erfolgt. Haftungsrechtlich sei eine BMX-Strecke in kommunaler Hand ähnlich einem Kinderspielplatz zu bewerten. Es müsse eine Abnahme durch einen Sachverständigen und eine regelmäßige Wartung und Kontrolle durch die Kommune erfolgen. Eine separate Haftpflichtversicherung ist nicht erforderlich, da die bestehende kommunale Haftpflicht diese Risiken mit abdeckt.</p> <p>Horst Laubenzeltner schildert, bereits vor drei Jahren sei er als Vorsitzender des TV Stambach mit der Angelegenheit konfrontiert gewesen. Zahlreiche Fragen blieben damals jedoch offen (Erfordernis eines Bauantrages, TÜV-Abnahme, Zaun zum Perlenbach), sodass der Verein die Trägerschaft, die ihn auch personell überfordert hätte, ablehnte.</p> <p>Während sich Zweiter Bürgermeister Günter Kleffel sowie die Ratsmitglieder Hermann Reichel und Dieter Fleischmann darin einig sind, dass derartige Anlagen in anderen Kommunen ohne Auflagen genehmigt wurden und der Markt die Trägerschaft übernehmen sollte, fragt Marktgemeinderätin Rosemarie Nietert, ob bereits mit den Anwohnern gesprochen wurde, da diese die höhere Lärmbelastung treffen würde. Hermann Reichel weist jedoch darauf hin, dass eine weitere Ausgestaltung des Platzes der Jugend am Sportzentrum, dessen Schaffung bereits vor über zehn Jahren beschlossen worden ist, sinnvoll wäre. Für Dieter Fleischmann beruht die Lärmbelastung der Anwohner vor allem auf der Nutzung des Platzes durch Autos und Mopeds. Bürgermeister Ehrler schlägt vor, zunächst die Angelegenheit durch den Bauausschuss prüfen zu lassen und weist darauf hin, dass im Falle einer Beschlussfassung der Bauhof mit der Organisation bzw. Kontrolle beauftragt werden muss. Martin L. Jacob möchte jedoch, dass der Markt nicht nur bürokratisch verwaltet. Er befürwortet daher, sofort einen Beschluss zum Bau der BMX-Strecke zu fassen und die Feinheiten vom Bauausschuss klären zu lassen.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Für	Gegen	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
noch 3.	13	-	-	<p><u>Beschluss:</u> Den Stambacher Jugendlichen wird das Grundstück an der Mühlstrasse oberhalb des Perlenbaches unentgeltlich zur Errichtung einer BMX-Strecke zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde wird dabei den Bau unterstützen und die Trägerschaft der Anlage übernehmen.</p>
10	3			
4.	13	-	-	<p><u>Antrag der ULS auf Anschaffung von mobilen Skateboardrampen</u></p> <p><u>Eröffnung:</u> Mit Schreiben vom 08.05.2009 beantragte die ULS die Anschaffung von mobilen, TÜV-geprüften Skateboardrampen durch den Markt (vgl. Anlage). Fraktionssprecherin Ulrike Ebert stellt hierzu fest, der „Platz der Jugend“ befinde sich immer noch auf dem Stand des Jahres 1999. Um dem Slogan „Familienparadies“ gerecht zu werden, dürfen jedoch nicht nur Angebote für Kinder erfolgen, es müssten auch die Interessen der Jugendlichen Berücksichtigung finden. Als Beispiel für Skateboardelemente werden Bilder der Anlage an der Dreifachturnhalle in Marktleugast gezeigt. Die Anschaffungskosten für derartige Rampen beziffert Ulrike Ebert auf rund 3.300,- € bis 14.000,- €.</p> <p>Martin L. Jacob weist darauf hin, dass die Mobilität der Elemente wichtig ist, um sie beim Wiesenfest abbauen zu können. Des Weiteren hätten mobile Elemente laut Dieter Fleischmann den Vorteil, sie im Falle zu großer Lärmbelastung versetzen zu können. Ratsmitglied Markus Käs schlägt vor, erst die BMX-Strecke zu bauen und später über die Skateboardelemente zu entscheiden bzw. die zahlreichen, als Gäste anwesenden Jugendlichen zu diesem Thema zu befragen. Nachdem dies bei den Gemeinderäten auf einhellige Zustimmung stößt, äußern sich auf Nachfrage des Bürgermeisters die Gäste Michael Bednarek und Hans-Georg Rößler. Bednarek als Vertreter der Skater rät davon ab, die preisgünstigsten Elemente anzuschaffen, da diese aus Plastik gefertigt und wenig haltbar sind. Stabile Elemente sind jedoch wesentlich teurer. Rößler als Vertreter der BMX-Fahrer hält es für möglich, Skateboardelemente zu beschaffen, die auch von BMX-Fahrern genutzt werden können, um somit die Strecken für Skateboard und BMX zusammen zu legen. Ein weiterer Vorschlag der Jugendlichen ist die Asphaltierung der derzeitigen Eislauffläche, sodass diese im Sommer von Skatern und im Winter von Schlittschuhläufern genutzt werden könnte. Zu den Vorschlägen der Jugendlichen erheben sich kritische Stimmen seitens der Ratsmitglieder. So wären Elemente, die von Skatern und Radfahrern gemeinsam genutzt werden könnten, vermutlich teurer, da sie stabiler ausgelegt sein müssten und die Asphaltierung der Eislauffläche nicht zeitnah umsetzbar. Eine gemeinsame Nutzung der Elemente durch Skater und BMX-Fahrer spreche gegen die Anlage einer reinen BMX-Strecke oberhalb des Perlenbaches.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Gegen den Beschluss		Vortrag-Beratung/Beschluss
		Für	Gegen	
noch 4.	13	-	-	<p>Bürgermeister Ehrler merkt an, dass bislang noch keine Mittel für die beantragte Beschaffung der Skateboardelemente vorhanden wären und daher eine Beschaffung erst nach Genehmigung des Haushaltes 2009 möglich sei. Deshalb schlägt er vor, in den in Kürze aufzustellenden Haushaltsplan einen Betrag von 12.500,- € für die Skater aufzunehmen und den Bauausschuss zu beauftragen, die Beschaffung vorzubereiten. Dabei sollten insbesondere die Interessen der Jugendlichen und der Anwohner bei der Standortsuche und der Auswahl der Elemente berücksichtigt werden. Martin L. Jacob hält dies nur für eine Erweiterung des ULS-Antrages und unterbreitet gemeinsam mit Dieter Fleischmann folgenden Beschlussvorschlag:</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Markt Stambach schafft mobile, TÜV-geprüfte Skateboardrampen an und ermächtigt den Bauausschuss, im Rahmen seines Vergabevolumens in Abstimmung mit den Stambacher Jugendlichen die Beschaffung vorzunehmen.</p> <p>Des Weiteren wird auf Antrag von Dieter Fleischmann folgender Beschluss gefasst:</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Bauausschuss wird beauftragt, die Details zur Aufstellung der Skateboardelemente gemeinsam mit den Stambacher Jugendlichen und den Anwohnern abzuklären.</p>
7	6			
5.	13	-	-	<p><b>Europawahl am 07.06.2009; <u>Festlegung des Erfrischungsgeldes für die Wahlhelfer</u></b></p> <p><u>Beschluss:</u> Die zu bestellenden und einzusetzenden Wahlhelfer für die Wahl zum Europäischen Parlament am 07.06.2009 erhalten eine Aufwandsentschädigung (Erfrischungsgeld) von 30,00 €, die Mitglieder des Briefwahlvorstandes 20,00 €.</p>
13	0			
6.	13	-	-	<p><b><u>Finanzierung der Abwassermaßnahme für den Ortsteil Weickenreuth; 3. Nachtrag zum Finanzierungsvertrag zwischen dem Markt Stambach und der Firma BLE Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH</u></b></p> <p><u>Eröffnung:</u> In Ausführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 18.11.2008 hat die Verwaltung den Entwurf des 3. Nachtrages zum Finanzierungsvertrag zwischen dem Markt Stambach und der BLE zur Finanzierung der Abwassermaßnahme für den Ortsteil Weickenreuth der Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt. Das Landratsamt Hof stellte mit Schreiben vom 24.03.09 (vgl.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	Anwesend	Gegen den Beschluss		Vortrag-Beratung/Beschluss
		Für	Gege	
noch 6.	13	-	-	<p>Anlage) fest, dass der dritte Nachtrag nicht nur eine Erweiterung der Maßnahmekosten darstellt, sondern auch eine Änderung der haftungsrechtlichen Regelungen beinhaltet. Die bisherige Formulierung bezog sich lediglich auf die Verpflichtung des Marktes gegenüber der BLE, nunmehr soll stattdessen eine Verpflichtung unmittelbar gegenüber der Raiffeisenbank Sparneck-Stambach-Zell eG entstehen.</p> <p>Da die neue Haftungsregelung keine Ergänzung, sondern eine völlige Neufassung darstellt, hat die Rechtsaufsichtsbehörde einen Formulierungsvorschlag unterbreitet, der in den 3. Nachtrag unverändert übernommen wurde. Hierzu hat das Landratsamt Hof bereits vorab die rechtsaufsichtliche Genehmigung nach Art. 72 GO erteilt.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der 3. Nachtrag zum Finanzierungsvertrag zwischen dem Markt Stambach und der Firma BLE Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH wird in der vorliegenden Fassung vom 20. bzw. 29.04.2009 genehmigt.</p>
7.	13	-	-	<p><b><u>Sachstandsbericht über gemeindliche Baumaßnahmen</u></b></p> <p>Bürgermeister Karl Philipp Ehrlert berichtet über die aktuell laufenden und kürzlich abgeschlossenen Baumaßnahmen des Marktes.</p> <p>So hat Anfang Mai der Bau der Abwasseranlage Weickenreuth begonnen, der voraussichtlich im Oktober abgeschlossen werden soll. Die Lieferung des Pumpwerkes, das zukünftig das Weickenreuther Abwasser über eine Druckleitung in die Kläranlage Stambach befördern soll, ist für August 2009 angekündigt.</p> <p>Der Gehsteig an der Blumenau zwischen der Bushaltestelle und der Abzweigung in Richtung Rindlas ist zwischenzeitlich in wassergebundener Ausführung vom gemeindlichen Bauhof erstellt worden.</p> <p>Die Baumaßnahme Wasserversorgung Stambach, BA 07 – Anschluss OT Metzlesdorf, wurde zwischenzeitlich ausgeschrieben. Die Submission findet am 04.06.2009 statt.</p> <p>Auch die Baumaßnahme Walzenschuppen wurde, aufgeteilt in zwei Lose, ausgeschrieben. Submissionstermin war Montag, 18.05.2009.</p> <p>Zu der geplanten energetischen Sanierung des Rathauses, deren Finanzierung überwiegend aus Mitteln des Konjunkturpaketes II erfolgt, wird der als Gast geladene Architekt Greim berichten.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	A n w e s e n d	F ü r	G e g e n	<b>Vortrag-Beratung/Beschluss</b>
		den Beschluss		
8.	13	-	-	<p><b><u>Antrag der ULS und SPD-Wählergemeinschaft Stambach auf Abgabe einer Erklärung zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 15.04.2009</u></b></p> <p>Aufgrund der Vorkommnisse bei der letzten öffentlichen Sitzung des Marktgemeinderates am 15.04.2009 geben Dieter Fleischmann als Sprecher der SPD-Wählergemeinschaft Stambach und Hermann Reichel für die ULS folgende Erklärung ab:</p> <p style="text-align: center;"><b>„Gemeinsame Erklärung der Gemeinderäte</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Ulrike Ebert, Dieter Fleischmann, Bruno Hofmann, Martin Jacob, Günter Kleffel, Helga Ludwig und Hermann Reichel</b></p> <p>In der letzten öffentlichen Sitzung hat der Sprecher der CSU-Fraktion eine Stellungnahme zur Beschlussfassung über die vorausgegangene nichtöffentliche Sitzung abgegeben. Dabei haben er und auch der Bürgermeister grob gegen Artikel 20 der Gemeindeordnung verstoßen, der den Gemeinderäten Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht auferlegt.</p> <p>Die Unabhängige Liste Stambach und die SPD-Wählergemeinschaft geben dazu folgende Erklärung ab:</p> <p>Der Fraktionssprecher der CSU veröffentlichte entgegen der zwingenden Verschwiegenheitspflicht Abstimmungsverhalten von Räten aus der letzten nicht-öffentlichen Sitzung und stellte den Inhalt der Diskussion in dieser wahrheitswidrig und verzerrt dar. Hinzu kamen in dieser Stellungnahme beleidigende Unterstellungen.</p> <p>Begonnen hat der Fraktionssprecher die Erklärung mit, „er vermute, dass man es der CSU zeigen will, dass sie nicht mehr die Mehrheit hat“. Nur jemand, der diese Sitzung nicht aufmerksam verfolgte, oder jemand, der böswillig andere diskreditieren will, kann zu einer solchen Aussage kommen.</p> <p>Die Mehrheit des Gemeinderates hat sich nach konzentrierten und zeitaufwändigen Diskussionen in drei Sitzungen für die Anschaffung eines abgelasteten 10-Tonner-LKW entschieden,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• weil ein solcher abgelasteter 10-Tonner insgesamt robuster und haltbarer ist, da er unter voller Beladung nicht schon an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gelangt,</li> <li>• weil ein solches Fahrzeug 15 bis 20 Jahre gefahren wird und niemand vorhersagen kann, wie sich der Personalstand und die Bedürfnisse in diesem Zeitraum entwickeln werden</li> <li>• weil neu einzustellende, jüngere Mitarbeiter mit ihrem PKW-Führerschein auch keinen 7,5-Tonner fahren dürfen,</li> <li>• weil ein 10-Tonner, bezogen auf die Nutzungsdauer, keinesfalls erheblich teurer als ein 7,5-Tonner ist,</li> <li>• weil auch eine Reihe von Bauunternehmen aus eben genannten Gründen einen solchen LKW angeschafft haben.</li> </ul>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	An we sen d	F ü r	G e g e n	<b>Vortrag-Beratung/Beschluss</b>
		den Beschluss		
noch <b>8.</b>	13	-	-	<p>Jedem Anwesenden der letzten Sitzung ist klar, dass diese öffentliche Stellungnahme genau das Gegenteil erreicht hat, was angeblich beabsichtigt war. Was könnte aber beabsichtigt gewesen sein? Will jemand Frontenbildung im Gemeinderat, ist jemandem die gedeihliche Zusammenarbeit ein Dorn im Auge?</p> <p>Ein schwerer Vorwurf richtet sich an den Bürgermeister, der in seiner eigenwilligen Bekanntgabe „wir haben den Beschluss gefasst, dass wir einen Beschluss fassen!“, versucht hat das Gremium lächerlich zu machen. Der Bürgermeister hat durch diese besondere Art der Bekanntgabe die dann folgende Stellungnahme nicht nur „vorbereitet“, sondern seinen Fraktionssprecher dann auch gegen die Verschwiegenheitspflicht, der jeder Gemeinderat laut §20 Gemeindeordnung verpflichtet ist, verstoßen lassen. Er muss sich, da er ihn nicht gehindert hat das zu tun, eine Pflichtverletzung in der Sitzungsführung vorwerfen lassen. Der Eid, den der Bürgermeister den neuen Gemeinderäten zu Beginn der Legislaturperiode abgenommen hat, erstreckt sich auch auf diesen Bereich!</p> <p>Besondere Schwere erreicht dieser Vorfall, weil es bereits der 2. Fall ist, in dem Informationen aus nichtöffentlichen Sitzungen zur Erlangung von vermeintlichen politischen Vorteilen missbraucht wurden. (Wir erinnern an den Wahlkampfbrief des Bürgermeisters an die Senioren zu Errichtung einer Seniorenwohnanlage in Stambach.)</p> <p>Informationen aus nichtöffentlicher Sitzung müssen nichtöffentlich bleiben, damit nicht Dritte, die Gemeinde Stambach insgesamt und wir in unserer Zusammenarbeit als Gemeinderäte Schaden nehmen. Es darf nicht sein, dass jemand, der es für politisch zweckmäßig erachtet, solche Informationen für billige, politische Effekthascherei missbraucht.</p> <p>Der CSU-Fraktion, deren Fraktionssprecher, dem Bürgermeister und auch dem gesamten Gemeinderat ist mit dieser Aktion ein Bärendienst erwiesen worden.</p> <p>Wir wünschen uns im Interesse von Stambach von Herzen, dass es gelingen wird, die gute Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen, die noch vor der letzten Sitzung herrschte, wieder herzustellen und dass wieder Vertrauen zurück gewonnen werden kann.“</p> <p>Bürgermeister Ehrler äußert, er möchte die Erklärung im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit im Gemeinderat nicht kommentieren, obwohl er mit dieser nicht ganz einverstanden ist.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	An we sen d	Für	G e g e n	Vortrag-Beratung/Beschluss
		den Beschluss		
9.	13	-	-	<p><b><u>Bekanntgaben</u></b></p> <p>a) Wie bereits unter TOP 7 erwähnt, erhält der Markt Stambach nach den Worten von Bürgermeister Ehrler aus dem Konjunkturpaket II Mittel für die energetische Sanierung des Rathauses. Die weiteren Anträge (energetische Sanierung des Sportzentrums sowie der Schule, Lärmschutzmaßnahmen durch Austausch des Pflasters in der Bahnhofstraße) wurden abgelehnt.</p> <p>b) Der bayerische Innenminister hat sich mit Schreiben vom 30.04.2009 zur Resolution des Gemeinderates gegen die Fichtelgebirgsautobahn geäußert. Demnach ist zwar eine „abschnittsweise Ertüchtigung“ der bestehenden B303 angedacht, der Bau einer vierspurigen Autobahn oder entsprechende Ausbau der B303 wird jedoch nicht weiterverfolgt. Zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen an der A9 sind derzeit nicht möglich.</p> <p>c) Das Gutachten zur Mobilfunk-Nachhermessung vom 15.04.2009 liegt nunmehr vor. Dieses wird in Kürze auf der Homepage des Marktes Stambach veröffentlicht.</p> <p>d) Matthias Ludwig hat vor wenigen Tagen darum gebeten am Marktplatz, an der Freifläche vor den Anschlagtafeln, die bereits an die Pizzeria „La Grotta“ kostenfrei verpachtet ist, einen kleinen Zaun als Sichtschutz bauen zu dürfen. Die Ratsmitglieder äußern dagegen keinen Widerspruch.</p> <p>e) Helga Ludwig beantragt als Vorsitzende des Obst- und Gartenbauvereins (OGV), diesem für die Kreisverbandssitzung der OGV am 14.03.2010 die Schulturnhalle zur Verfügung zu stellen. Nachdem die Ratsmitglieder hiermit einverstanden sind, wird die Verwaltung mit der Abwicklung beauftragt.</p> <p>f) Dieter Fleischmann gibt eine Anregung Stambacher Bürger weiter, an der Einmündung Kirchhöfstraße - Schulstraße einen in Richtung Bahnhofstraße weisenden Spiegel zu montieren, da die Schulstraße in diese Richtung nur sehr schwer einsehbar ist. Diese Angelegenheit wird an den Bauausschuss weiterverwiesen.</p> <p>g) Zweiter Bürgermeister Günter Kleffel gibt einen Antrag der Stambacher Jugend weiter. Da die Genehmigung für die Aufstellung des Bauwagens am Oberen Markt bis 31.05.2009 befristet war, wünscht diese eine Verlängerung um ein weiteres Jahr. Im Einvernehmen mit dem Marktgemeinderat kommt Bürgermeister Ehrler diesem Wunsch nach und verlängert die Genehmigung bis zum Beginn der Baumaßnahmen am Oberen Markt.</p>

**Öffentliche Sitzung des Marktgemeinderates Stambach  
vom 20. Mai 2009, lfd. Nr. 12/2009**

Lfd. Nr.	A n w e s e n d	F ü r	G e g e n	<b>Vortrag-Beratung/Beschluss</b>
		den Beschluss		
noch 9.	13	-	-	<p>h) Patrick Knopf findet die LQN-Schau in Marktleugast, an der sich auch der Markt beteiligt hatte, sehr gelungen, regt jedoch an, bei einer Wiederholung einen Buspendelverkehr einzurichten, um den nicht mobilen Stambacher Bürgern ebenfalls die Möglichkeit eines Besuches zu schaffen. Zweiter Bürgermeister Kleffel als Mitorganisator berichtet von den großen Anstrengungen, die alle ehrenamtlichen Mitarbeiter bei der Ausrichtung zu absolvieren hatten.</p> <p>i) Auf dem Kinderspielplatz in der Siedlung ist das Großspielgerät gefault und musste mangels Verkehrssicherheit abgebaut werden. Die Kosten für einen Ersatz werden auf ca. 7.000,- € bis 10.000,- € beziffert. Ratsmitglied Bruno Hofmann weist darauf hin, dass die Siedlergemeinschaft hierzu die finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde beantragt hat. Die Angelegenheit soll im Bauausschuss weiter behandelt werden.</p> <p>j) Auf Antrag von Bürgermeister Ehrler wird folgender Beschluss zur Geschäftsordnung gefasst:</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Sachstandsbericht zu den öffentlichen Maßnahmen der laufenden Ortskernsanierung durch Herrn Architekten Greim soll, entgegen der Tagesordnung, im öffentlichen Teil der Sitzung abgegeben werden.</p> <p>Somit berichtet der als Gast geladene Architekt Greim über die geplanten öffentlichen Maßnahmen der Ortskernsanierung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mit Mitteln des Konjunkturpaketes II soll die energetische Sanierung des Rathauses durchgeführt werden. Förderfähig sind dabei rund 275.000,- € mit einem Förderanteil von 87,5 % (ca. 240.000,- €). Die Bewilligung zum vorzeitigen Baubeginn hat die Regierung von Oberfranken bereits erteilt, es muss jedoch bis Ende Juli 2009 ein konkreter Bewilligungsantrag gestellt und die Maßnahme bis Ende 2011 abgeschlossen werden. Wegen der geplanten Änderung der Fassade des Anbaus (neue Fenster, Abbau des Schlauchturmes, Wärmedämmung) muss ein Bauantrag gestellt werden, wegen des denkmalgeschützten Altbaus muss neben dem Landratsamt auch die Denkmalschutzbehörde beteiligt werden. Auf Nachfrage von Helga Ludwig hin erklärt Herr Greim, die gezeigten Bilder stellen nur einen Entwurf dar, die endgültige Genehmigung der Ausgestaltung obliegt dem Gemeinderat.</li> <li>- Überlegungen haben auch zur Sanierung des Wohntraktes im Schulhaus stattgefunden. Die Wohnung im Erdgeschoß mit vier Zimmern (rund 120 qm) steht leer und ist hinsichtlich der Ausstattung nicht mehr zeitgemäß. Einerseits besteht die Option, nur mit Mitteln der Städtebauförderung die</li> </ul>
		13	0	



